



Preisbremse im Gespräch

Die nächste Mieterhöhung steht bevor: Um eine Gesetzesänderung in Hinblick auf eine geringere Mietanhebung wird in der Regierung gerungen. **VON ULLA GRÜNBACHER**

» Mit April droht nach aktueller Rechtslage rund 300.000 österreichischen Haushalten eine kräftige Mieterhöhung. Betroffen sind die Richtwertmieten, die für Wohnungen, die dem Mietrechtsgesetz unterliegen und vor 1953 erbaut wurden, gelten. Da die Inflation im Jänner bei 11 Prozent lag, werden auch die Kategoriemieten abermals erhöht. „Die Erhöhung wird mit März ausgelöst und ist im Juli schlagend“, so Elke Hanel-Tosch, Expertin der Mietervereinigung Wien.

SPÖ und FPÖ treten schon seit längerem für einen Stopp bei den Richtwert-Anhebungen ein. Mittlerweile sollen auch die Regierungsparteien ÖVP und Grüne an einer Gesetzesänderung in Hin-

blick auf eine geringere Mietanhebung interessiert sein. „Wir sind derzeit in parlamentarischer Abstimmung“, sagte Nina Tomaselli, Nationalratsabgeordnete und Sprecherin der Grünen für Wohnen und Bauen, im Gespräch mit der APA. Auch bei der ÖVP werde man positive Signale, hier gemeinsam eine Lösung zu finden.

Daher würden aktuell verschiedene Varianten geprüft. So könnte für die Richtwert-Anpassung ein anderer Index herangezogen oder die Inflationsabgeltung gedeckelt werden. „Aber es könnte eventuell auch ein neuer Index entwickelt werden“, ergänzte Tomaselli. Fest steht: Die Zeit drängt. „Das Gesetz muss im Februar verabschie-

det werden, damit es im April greift“, so Thomas Ritt, Leiter der Abteilung Wohnen der Arbeiterkammer Wien.

Der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB) will von einer gesetzlichen Maßnahme zur Eindämmung der Mieterhöhungen nichts wissen. „Jeder wei-

tere Deckel auf die Mieten, die in Österreich so streng wie nirgendwo anders reguliert sind, käme letztlich einer Beschädigung des Eigentums gleich“, so ÖHGB-Präsident Martin Prunbauer.

Das Burgenland hat indessen einen eigenen Deckel für das Bundesland eingezogen. Die Mieten von rund 9.700 Wohnungen werden für zwei Jahre auf dem Niveau von Dezember 2022 eingefroren, um mit variablen Krediten verbundene Preissteigerungen aufzufangen. Seitens des Landes werden außerdem nicht rückzahlbare Zinszuschüsse an die Wohnbaugenossenschaften übernommen. Diese wiederum verzichten auf weitere Mieterhöhungen im Zuge von steigenden Zinsen. «



Nur bei einer Indexklausel im Mietvertrag darf angepasst werden

IMMO **KURIER**

Ihr Immobilien Partner Nr. 1

Wir bieten wöchentlich die IMMO Highlights und den perfekten Überblick über den österreichischen Immobilienmarkt.

Kontakt

Maria Dreschl | KURIER Verkaufsleitung Immobilien
Tel. +43 (0)51727 23770 | maria.dreschl@kurier.at

